

Position

Zivilgesellschaft stärken! Jugendverbände für Demokratie - gegen Rassismus, Ausgrenzung und rechte Ideologien

Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz

Der Verfassungsschutzbericht 2010 zeigt, dass in mehreren Regionen in Rheinland-Pfalz gefestigte rechtsextreme Strukturen vorliegen. Es gibt eine aktive Neonazi-Szene: Aufmärsche, Häuserkäufe, Wahlerfolge und auch Gewalttaten gehören zu ihren Aktivitäten.

Die NPD versucht in Rheinland-Pfalz eine regionale bzw. kommunalpolitische Verankerung zu erreichen. Sie ist sie zurzeit in den Stadträten von Pirmasens und Trier sowie in den Kreistagen des Westerwaldkreises, des Landkreises Alzey-Worms, des Landkreises Bad Dürkheim und des Landkreises Südwestpfalz vertreten. Aus Sicht des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz besteht an der Verfassungsfeindlichkeit der rechtsextremen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) kein Zweifel. Die NPD gehört nicht zum demokratischen Parteienspektrum, weil sie den aus einer parlamentarischen Demokratie bestehenden Staat bekämpfen und ihn abschaffen wollen. Damit ist die NPD kein Konkurrent im Parteiensystem, sondern dessen Gegner. Offene Ausländerfeindlichkeit, fanatischer Rassismus, Hass gegen Minderheiten und Antisemitismus sind Merkmale der NPD-Ideologie. Diese Ideologie darf nicht mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Die NPD darf sich nicht unter dem Schutz des Staates etablieren können. Daher setzt sich der Landesjugendring Rheinland-Pfalz für ein Verbot der NPD ein. Das kann auch dem Effekt entgegenwirken, dass es Wählerinnen und Wähler gibt, die gar nicht unbedingt der NPD-Ideologie folgen, sondern aus Protest gegen subjektiv gefühlte Benachteiligungen rechtsextrem wählen.

Zwei Orte in Rheinland-Pfalz haben besondere Bedeutung für die Geschichtsumdeutungsversuche der Neonazis. In Marienfels im Rhein-Lahn-Kreis finden jährliche Gedenkfeiern/Neonazidemonstrationen statt. In Bretzenheim im Landkreis Bad Kreuznach kommt es alljährlich zu einem Neonazi-Aufmarsch. Zunehmend werden die 1.Mai-Veranstaltungen der Gewerkschaften durch Neonaziaufmärsche gestört. Zu beobachten ist, dass von politisch Verantwortlichen in den Regionen rechtsextremistische Aktivitäten häufig verharmlost werden. In der Dokumentation „extrem“ des Landesfilmdienstes Rheinland-Pfalz wird deutlich, dass z.B. im Landkreis Bad Kreuznach sowohl die Wählerstimmen für die NPD als auch rechtsextremistisch orientierte Straftaten in den letzten Jahren zugenommen haben. Einen Hinweis darauf, in welcher Weise das gesellschaftliche Klima in den betroffenen Regionen dadurch beeinflusst wird, ist unter anderem daran sichtbar, dass im Zuge der Erarbeitung der Dokumentation eine große Anzahl der Opfer rechter Gewalt aus Angst vor Repressionen nicht bereit war, vor die Kamera zu treten.

Zur Neonazi-Szene in Rheinland-Pfalz gehören auch Freie Kameradschaften. Nach außen wirken sie oftmals eher wie lose Cliquen, sind nach innen jedoch straff organisiert. Beispiele sind die „Kameradschaft Vorderpfalz“, der „Nationale Widerstand Zweibrücken“ oder die „Nationalen Sozialisten Mainz-Bingen“. Ihrem Handeln liegt ein Weltbild zugrunde, das von Menschenverachtung und einem positiven Bezug zum Nationalsozialismus gekennzeichnet ist.

„Rechtsextremismus“ und der „Extremismus der Mitte“

Der Begriff „Rechtsextremismus“ entstammt der Extremismustheorie und suggeriert, es gäbe eine demokratische „Mitte“ und eine Mehrheit, die jeweils von rechts und links gleichermaßen durch „Extremisten“ bedroht werde. Eine solche Sichtweise läuft Gefahr, die unter „Rechtsextremismus“ beschriebenen Ideologien, Denkweisen, Ziele und Handlungen und ihr Gefährdungspotenzial für Freiheit und Demokratie zu verharmlosen. Sie vernachlässigt darüber hinaus die Kritik an einem „Extremismus der Mitte“, d.h. demokratiefeindlicher, rassistischer und ausgrenzender Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft, auch in den etablierten Parteien und gesellschaftlichen Strukturen, ohne Anbindung an eine als „rechtsextrem“ identifizierbare Gruppen. Der Politikwissenschaftler Dr. Christoph Butterwegge wies im Rahmen einer Tagung des Landesjugendringes bereits im Jahr 2001 deutlich auf diesen Zusammenhang hin: "Unter Fachleuten setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass der Rechtsextremismus mitten in der Gesellschaft wurzelt. Diese übernimmt dafür jedoch keine Mitverantwortung, sondern sucht ihrerseits nach Sündenböcken, auf die sie das Problem abschieben kann."

Unterstützt wird diese Aussage durch die regelmäßig erscheinenden, aktuellen Ergebnisse des Forschungsprojektes „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ an der Universität Bielefeld (Professor Wilhelm Heitmeyer). Danach stimmen 60 Prozent der Ost- und 46 Prozent der Westdeutschen fremdenfeindlichen Aussagen zu. Die hohe Zustimmung bei negativen Einstellungen zu „Fremden“ korrespondiert mit Forderungen nach besonderen Vorrechten für „Deutschstämmige“.

Rechtsextreme Einstellungen: Kein ausschließliches Jugendproblem!

Rechtsextremismus ist kein Problem, das sich auf bestimmte Altersgruppen, Regionen oder gesellschaftliche Bereiche reduzieren lässt. Jugendliche sind nicht anfälliger für rechtsextreme, menschenfeindliche Einstellungen als andere Altersgruppen. Im Gegenteil: auf der Ebene der Einstellungen sind ältere Bevölkerungsgruppen das Hauptproblem. Jugendliche sind aber über Strukturen von Schule und Jugendhilfe systematischer und leichter für Angebote und Bildungsarbeit gegen solche Einstellungen und für Demokratie erreichbar und beeinflussbar.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus kann nicht nur die Aufgabe spezieller Institutionen oder Organisationen bzw. Tätigkeitsfelder, wie z.B. der Jugendarbeit/Jugendhilfe, sein. Sie ist vielmehr eine Herausforderung, der sich alle gesellschaftlichen Kräfte zu stellen haben und in die sich alle - mit den ihnen jeweils eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten - einbringen müssen. Medien, Kirchen, Gewerkschaften, Verbände, Vereine und Bewegungen von Bürgerinnen und Bürgern verfügen – in unterschiedlichem Umfang – über wirksame Zugänge zu Multiplikator/-innen und Verantwortungsträger/-innen.

Es sind aber auch vor allen Dingen die demokratischen Parteien gefragt. Sie haben die Möglichkeit, durch Sensibilisierung und Aktivitäten bei ihren Mitgliedern und Aktiven in Parlamenten, Regierungen und in ihren Netzwerken zur öffentlichen Meinungsbildung beizutragen. Sie können zivilgesellschaftliche Akteure entscheidend zum Kampf gegen Rechtsextremismus unterstützen. Es ist dringend geboten, den Kampf gegen Rechts-extremismus zu einem Bestandteil der originären Arbeit von demokratischen Parteien zu machen.

Stärkung der Demokratie – Stärkung der Zivilgesellschaft!

Eine wesentliche Ursache für rechtsextreme Aktivitäten und Einstellungen sind – aus Sicht der Verbände im Landesjugendring - die wachsenden gesellschaftlichen Desintegrations-potentiale durch zunehmende Armut und Arbeitslosigkeit sowie individuelle Chancen- und Perspektivlosigkeit. Dies kann die Grundlage für einen Vertrauensverlust in die demokratische Gesellschaft und das demokratische System bilden. Dieses fehlende Vertrauen kann sich in einer wachsenden Akzeptanz demokratie- und menschenfeindlicher Einstellungen ausdrücken. Dabei sind einzelne Einstellungen, wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie, Antisemitismus, Homophobie, Abwertung von behinderten oder obdachlosen Menschen, klassischer Sexismus und das Einräumen von Vorrechten für Etablierte nicht unabhängig voneinander ausgeprägt, sondern mehr oder weniger stark miteinander verbunden.

Gleichzeitig ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass eigene Perspektivlosigkeit keine Entschuldigung für rechtsextreme Gesinnung ist. Wer arm und arbeitslos ist, muss kein Nazi werden, weder im Handeln noch „nur im Kopf“. Die Gefahr ist aber unabweisbar: wer nicht mehr sieht, dass die Gesellschaft, in der er/sie lebt, ihm/ihr eine Perspektive und Chancen bieten kann, der/die sucht nach entlastenden, ggf. vereinfachenden Erklärungen. Da z.B. migrationsfeindliche und wohlstandschauvinistische Einstellungen gesellschaftlich bereits weit verbreitet sind, werden sie ggf. besonders bereitwillig und ggf. in extremer Form aufgenommen.

Die Debatte um die Veröffentlichung von Thilo Sarrazin („Deutschland schafft sich ab“, 2010) hat gezeigt, dass die gesellschaftlichen Eliten z.B. in Politik, Medien und Verbänden nicht in der Lage und z.T. nicht willens waren, auf einer sachlichen und demokratischen Auseinandersetzung zum Thema „Migration“ zu bestehen und sich gegenüber ausgrenzenden und rassistischen Positionen eindeutig abzugrenzen. Dies hat viele Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, die seit Jahren in diesem Bereich engagiert sind, vor den Kopf gestoßen und ihren Einsatz in Frage gestellt. Nichts von dem, was Sarrazin an Herausforderungen der Migrationspolitik feststellt, ist neu, originell, oder ein „Tabubruch“. Seine Schlussfolgerungen sind falsch, vor allem aber sind sie ausgrenzend, fördern Vorurteile und Rassismus. Aus Sicht der Verbände im Landesjugendring hat die Veröffentlichung von Thilo Sarrazin der Integrationsdebatte massiv geschadet.

Weil menschenfeindliche Einstellungen kein Rand- und schon gar kein Jugendphänomen sind, muss die Bekämpfung des Rechtsextremismus umfassend angelegt werden. Programme und Projekte zur Bekämpfung des Rechtsextremismus sind nur dann nachhaltig erfolgreich, wenn sie durch eine Politik begleitet werden, die die gesellschaftlichen Teilhabechancen tatsächlich verbessert. Sozial-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik müssen für mehr Gerechtigkeit sorgen und damit den rechtsextremen und verfassungsfeindlichen Parteien den Boden entziehen. Alle gesellschaftlichen Kräfte können und müssen mehr tun, um das Demokratieverständnis der Mehrheitsgesellschaft zu bereichern und zu stabilisieren.

Politische Bildung – Ein Beitrag der Jugendverbände in Rheinland-Pfalz

Diese Entwicklungen sind aus Sicht des Landesjugendringes Anlass zur Aufmerksamkeit und zum Handeln. Als rheinland-pfälzische Jugendverbände setzen wir uns für eine gezielte Bekämpfung von Rechtsextremismus und den zu ihm gehörenden ideologischen Elementen ein. Jugendverbände brauchen eine demokratische Gesellschaft. Sie ist die Voraussetzung gelingender Jugendarbeit.

Um dies zu erreichen, setzen sich Jugendverbände nicht nur mit der NS-Vergangenheit in vielfältiger Weise auseinander und untersuchen die Rollen der Täter/-innen, Mitläufer/-innen, und Unterlasser/-innen und deren Nachkommen.

Jugendverbände sind vor allem Werkstätten gelebter Demokratie: Sie sind die Orte, in denen Pluralität und solidarische Werte in demokratischen Organisationen gelernt und immer wieder

erneuert werden. Jugendverbände haben das Ziel, durch ihre Arbeit gesellschaftliche und/ oder politische Realitäten zu hinterfragen. Jugendverbände bieten Möglichkeiten zur Mitgestaltung in einer Demokratie und regen an, in einer Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen. Durch die Arbeit der Jugendverbände werden grundlegende demokratische Kompetenzen – wie z.B. Reflexions- und Kommunikationsfähigkeit - sowie die prinzipielle Achtung des jeweiligen Gegenübers und der Menschen im Allgemeinen gefördert. Sie schaffen in ihren Strukturen die Bedingungen für Empathie und Gewaltverzicht.

In Rheinland-Pfalz sind die Jugendverbände in vielfältigen Projekten und Aktionen am Kampf gegen den Rechtsextremismus beteiligt. Exemplarisch seien hier einige Aktivitäten und Projekte genannt, die nur einen kleinen Ausschnitt der vielfältigen Aktivitäten darstellen:

- das Netzwerk für Demokratie und Courage
- „Jugendfeuerwehren strukturfür Demokratie“
- die Mitarbeit des Landesjugendrings im landesweiten Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus
- die Kooperation von Jugendverbänden bei lokalen Aktionsplänen im Projekt „Vielfalt tut gut“
- die Mitarbeit des Landesjugendrings im Förderverein der KZ-Gedenkstätte Osthofen

Um Rechtsextremismus nachhaltig zu bekämpfen, fordern wir den Erhalt und Ausbau der Förderung der Projekte gegen Rechts in Rheinland-Pfalz. Die Basis für eine glaubwürdige und wirksame Bekämpfung des Rechtsextremismus im Jugendbereich ist die bedarfsgerechte Förderung der Kinder- und Jugendarbeit. Daher fordern wir auch ein höheres Maß an Regel- und Strukturförderung für Träger und Organisationen, die mit ihrer Arbeit gegen Rechtsextremismus einsetzen. Der Einsatz für die Demokratie sollte perspektivisch keine Projekt-, sondern eine Regelaufgabe sein. Der Einsatz gegen Rechtsextremismus umfasst dabei insbesondere präventive als auch aufklärende Maßnahmen. Angebote der politischen und sozialen Bildung im außerschulischen Bereich als auch an Schulen nehmen dabei einen breiten Raum in der Arbeit der Jugendverbände ein und stehen für alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig von einer Mitgliedschaft in einem Jugendverband – zur Verfügung.

Dort, wo demokratische Angebote der Kinder- und Jugendarbeit fehlen, entstehen oft Lücken, in die rechtsextreme Organisationen und Gruppen mit ihren Angeboten vorstoßen können. Konkret eröffnen Kürzungen bei der Infrastruktur der Jugendarbeit rechtsextremen Organisationen das Feld, sich „zivilgesellschaftlich“ zu engagieren und zu profilieren.

Wir fordern den Bund als Zuschussgeber auf, eine spezifische und gezielte Arbeit gegen Rechtsextremismus und seine Ideologien, insbesondere Rassismus, in größerem Maß und kontinuierlicher als bisher zu fördern. Problematisch ist aus unserer Sicht die derzeit laufende „Extremismusdiskussion“. In der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung wurde beschlossen, die Bundesprogramme gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus auszuweiten. Die Auseinandersetzung mit Linksextremismus wurde dabei zur gleichberechtigten Zielsetzung erklärt. Dies stellt aus unserer Sicht eine – jugend- und gesellschaftspolitisch fatale – Verharmlosung des Rechtsextremismus dar und gefährdet in der Praxis die Finanzierung von Maßnahmen gegen Rechts.

Ablehnung der „Antiextremismusklausel“ in der Förderpolitik

In diesem Zusammenhang kritisiert der Landesjugendring die sogenannte „Antiextremismusklausel“, die Empfängerinnen und Empfänger von Fördermitteln durch das BMFSFJ zu unterzeichnen haben, und die auch von einigen Bundesländern übernommen wurde. Hierbei sollen Trägerinnen/Träger unterschreiben, dass sie nicht mit „extremistischen“ Organisationen oder Einzelpersonen zusammen arbeiten.

Es besteht die Gefahr, dass z.B. in Initiativen gegen Rechts ehrenamtlich Aktive auf diese Weise unter einen Generalverdacht des „Extremismus“ gestellt werden. Dies führt zu einer Ausgrenzung antirassistischer Initiativen und Projekte bei der Beantragung von Bundesmitteln. Projekten und Initiativen wird zugemutet, sich selbst, ihre Mitarbeiter/-innen und Kooperationspartner/-innen antidemokratischer Tendenzen zu verdächtigen und entsprechend zu überwachen.

Es ist nicht hinnehmbar, dass ein staatlicher Generalverdacht gegen alle etabliert wird, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagieren. Denn damit wird jedes Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus politisch verdächtig gemacht. Der Landesjugendring Rheinland-Pfalz lehnt eine solche Bekenntniszumutung ab.

Einstimmig beschlossen durch die 104. Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz am 09.04.2011 in Osthofen.